

09.02.18

Feministische Agenda 2022 - Politik für ein Gutes Leben

Präambel

Deutsche Politik wird feministisch

Um ein Gutes Leben (Buen Vivir) für alle hier und weltweit zu ermöglichen, braucht es eine Politik, die getragen ist von einer feministischen Gesellschaftsvision. In diesem Sinne wollen wir als Zivilgesellschaft mit allen Kräften in die Politik hineinwirken. Das ist das Ziel der Feministischen Agenda 2022.

Es muss endlich Schluss sein mit dem parteipolitischen Poker um Macht, Pfründe und Reförmchen, die wenigen nutzen und vielen schaden. Es ist an der Zeit, dass in den kommenden vier Jahren die Geschlechterparität im Parlament, in politischen Gremien und Verhandlungsrunden endlich vollständig umgesetzt wird. Feminismus wird einen festen Platz in der Pluralität der Entscheidungsfindung haben. Die patriarchal geprägte Vergangenheit und ihre ausbeuterische Ausprägung lassen wir hinter uns. Die Zukunft Deutschlands gestalten wir mit einem feministischen Blick auf die Gegenwart. Unsere Ziele und Vorhaben für die Veränderung der Politik in der kommenden Legislaturperiode sind skizziert in der Feministischen Agenda 2022.

Dreiklang der Prämissen: Menschenwürde, Nachhaltigkeit und Kohärenz

Wichtige Grundlagen der Feministischen Agenda 2022 sind die Achtung der Menschenwürde, die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit ihren drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (Soziales, Wirtschaft, Umwelt) sowie die Kohärenz aller Politikbereiche. Mit diesem Dreiklang der Prämissen arbeiten wir hin auf eine Gesellschaft, hier und weltweit, die geprägt ist durch soziale und ökonomische Gerechtigkeit und den sorgsam Umgang mit der Natur. So können wir Armut und Ungleichheit überwinden und im gerechten Frieden miteinander leben.

Teilen statt rauben

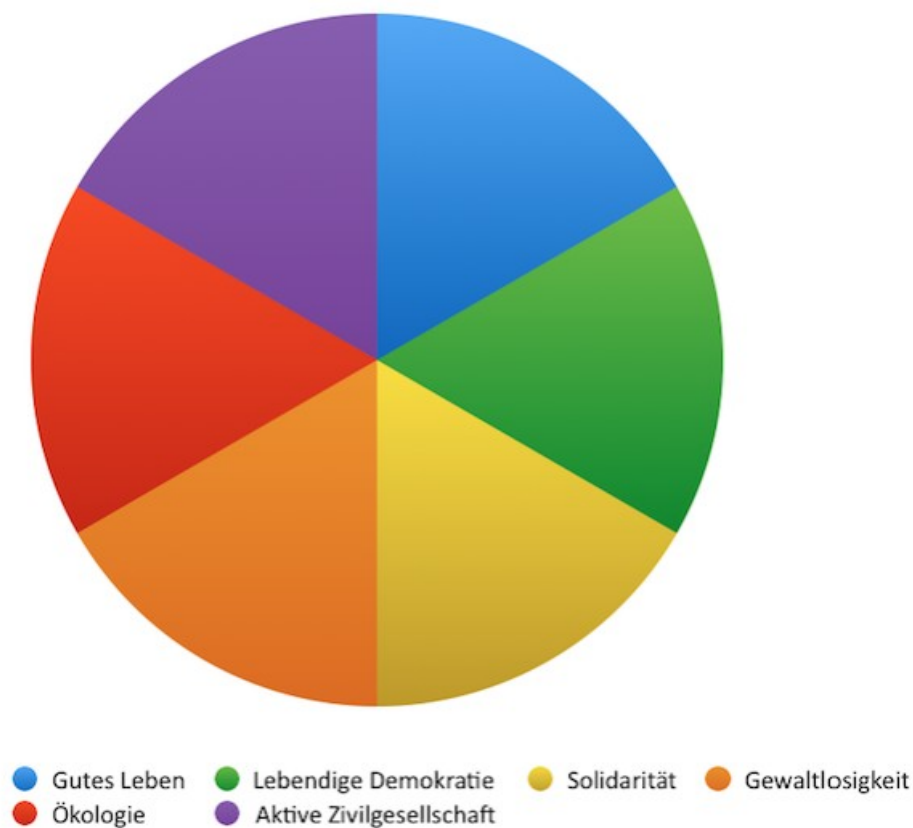
Ein Gutes Leben für alle kann nur gelingen, wenn wir die Ressourcen national und international gerecht miteinander teilen und sorgsam nutzen. Wir verabschieden uns vom globalen Neoliberalismus, von ungebremsten Finanztransaktionen, vom Wachstumswahn und von ökologischer Rücksichtslosigkeit. Die feministische Ethik der Verantwortung schafft Chancengleichheit, Zugangsmöglichkeiten und Beteiligung der ganzen Bevölkerung.

Wir werden darauf hinwirken, das Prinzip des gerechten Miteinanderteilens in allen Bereichen menschlichen Handelns in die Tat umzusetzen. Anlässlich des 100jährigen Bestehens des Frauenwahlrechts erinnern wir daran, welche Errungenschaften wir mit der politischen Partizipation von Frauen erreicht haben. Wir verpflichten uns der Vielfalt der Völker und Lebensweisen ohne Dominanz und Diskriminierung. Wir

setzen uns ein für die Überwindung von Fluchtursachen und den Einsatz von Hirn statt populistischer Hetze.

Feministische Agenda 2022: Ein neuer Kuchen

Wir Feministinnen wollen kein größeres Stück vom alten Kuchen! Mit der Feministischen Agenda 2022 kreieren wir das Rezept für einen neuen Kuchen, an dem alle gleichermaßen Anteil haben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Ressourcen und Möglichkeiten gerecht verteilt sind, Menschen gewaltfrei und solidarisch zusammen leben können und gemeinsam für den Erhalt des Planeten Sorge getragen wird.



Am Beispiel zweier Handlungsfelder führen wir die Ziele und Vorhaben der Feministischen Agenda 2022 aus:

- I. Lebendige Demokratie
- II. Wirtschaften für das Gute Leben

I. Lebendige Demokratie

Was sind die Herausforderungen?

Demokratie am Wendepunkt

Die Teilhabe von Bürger*innen an politischen Prozessen hat sich in den letzten Jahren verändert. Parteien und politische Vertretungen werden immer stärker durch expandierende Netzwerke von Lobbyisten, vor allem aus der Wirtschaft, beeinflusst. Einerseits ist die Gesellschaft vielfältiger und differenzierter geworden und hat Ideen und Ideale von politischen Bewegungen wie der Frauen-, Friedens- und Umweltbewegung aufgenommen. Andererseits sehen wir uns mit einem bedrohlichen Rechts-Trend konfrontiert, der sich von gewaltorientierten Randgruppen bis in die Mitte der Gesellschaft ausgebreitet hat und durch rechtsintellektuelle „Bildungseliten“ theoretisch untermauert und selbstbewusst vertreten wird.

Die repräsentative Demokratie ist in der Krise. Die Wähler*innenschaft fühlt sich von den etablierten Parteien immer weniger vertreten. Resignation und politischer Rückzug sind für viele Menschen die Konsequenz. Manche wenden sich populistischen Kräften zu, die die Verunsicherung der Menschen geschickt für sich zu nutzen wissen. Gleichzeitig führen diese Veränderungen zu einem größeren und neuen außerparlamentarischen Engagement.

Ein Großteil der Zivilgesellschaft hier öffnet sich dem Weltbürger*innentum, erschließt sich erweiterte Handlungsräume und organisiert sich neu. Dabei spielt die Digitalisierung der Gesellschaft eine große Rolle. Diese Entwicklung gilt es aufzunehmen. Um die Demokratie im Sinne der Bürger*innen zu erneuern, muss die Zusammenarbeit mit der organisierten Zivilgesellschaft, vor allem mit Frauenorganisationen, ausgebaut werden.

Gewachsene Bedeutung der Zivilgesellschaft

Weltweit hat seit dem UN-Erdgipfel in Rio de Janeiro Anfang der 1990er Jahre und der vierten Weltfrauenkonferenz in Beijing 1995 die organisierte Zivilgesellschaft erheblich an Bedeutung gewonnen. Unter Zivilgesellschaft verstehen wir eine Bandbreite an Non-Profit-Akteuren wie kommunale Initiativen und Vereine, soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen (NRO), Fachinstitutionen, Netzwerke, Foren und Interessenverbände. In vielen Ländern und auf UN-Ebene wirken sie vielfach an der Gestaltung internationaler Abkommen, Gesetzgebung und Verfassungsreformen mit und beeinflussen Regierungspolitik auf kommunaler und nationaler Ebene. Sie sind beteiligt an der Planung und Umsetzung von staatlichen Budgets und „Bürgerhaushalten“, überwachen Regierungsführung und die Einhaltung von Menschenrechten.

Was wollen wir erreichen?

Wir bekennen uns zu einer lebendigen und Teilhabe-orientierten Demokratie, in der feministische Perspektiven gezielt in den Vordergrund gerückt werden. Deshalb müssen die Vertreter*innen der repräsentativen Demokratie künftig stärker als bisher die organisierte Zivilgesellschaft auf kommunaler, nationaler und internationaler Ebene verbindlich einbeziehen. Dazu gehört, alle in unserem Land lebenden Menschen auf der Basis des Grundgesetzes und der UN-Menschenrechte am politischen Diskurs und an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Die gegenwärtig bestehenden Spaltungen unserer Gesellschaft nach Einkommen, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, Hautfarbe, Religion, Wohnort, Herkunft, Aufenthaltsstatus und anderen Merkmalen müssen abgebaut werden. Wir erwarten von den Vertreter*innen der repräsentativen Demokratie, dass sie auf Augenhöhe mit der organisierten Zivilgesellschaft kooperieren. Sie sind verpflichtet, die Ergebnisse gemeinsamer Entscheidungsprozesse zu respektieren und umzusetzen.

Um diese Prozesse öffentlich und in ihren Planungen und Verfahren transparent zu machen, braucht es unabhängige analoge und digitale öffentliche Medien. Sie dürfen nicht durch computergestützte Einflussnahme manipuliert werden. Die Unabhängigkeit der Medien gilt es zu achten und der Verfälschung von Nachrichten durch Interessen geleitete Gruppierungen, Parteien und Wirtschaftsunternehmen entschieden entgegenzutreten.

Was ist zu tun?

Erneuerung der Demokratie mit feministischer Perspektive

Die vorhandenen Kooperations- und Kommunikationsstrukturen zwischen Regierenden, Parlamenten und organisierter Zivilgesellschaft müssen verbessert und ausgebaut werden. Ihre Praxistauglichkeit und Verbindlichkeit muss gewährleistet sein. Dabei gilt es vor allem, Frauenorganisationen und feministischer Politik paritätisch Raum zu geben, u.a. durch folgende Maßnahmen:

- Geschlechterparitätische Besetzung von gemeinsamen Gremien, Ausschüssen, Arbeitsgruppen etc.
- Geschlechterparitätische Besetzung von Führungspositionen in Politik und Zivilgesellschaft, Ermutigung und Befähigung von Frauen zur Wahrnehmung von Führungsaufgaben, Schaffung entsprechender Arbeitsstrukturen

- Verhängung von Sanktionen bei Nichteinhaltung der Geschlechterparität und Nichtbeachtung der Verbindlichkeit gemeinsam getroffener Entscheidungen.

Abbau von Diskriminierung und Sexismus in Kommunikation, Bildung, Medien

Wir erwarten von der Bundesregierung eine wirksame Strategie gegen Sexismus, sexualisierte Gewalt, Rassismus, religiösen Fanatismus und den zunehmenden Rechts-Trend im privaten und öffentlichen Raum. Sie muss Räume sichern, in denen Zivilcourage, politisches und soziales Engagement erlernt und praktiziert werden kann. Damit wirkt sie der Spaltung der Gesellschaft entgegen. Akte von Diskriminierung, Hetze und Gewalt werden unterbunden, verfolgt und bestraft. Ein entsprechender Aktionsplan wird – gemeinsam mit Frauen- und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen – als Teil des Regierungsprogramms entwickelt und umgesetzt. Dazu gehören u.a. die folgenden Maßnahmen:

- Entwicklung und Umsetzung von Konzepten geschlechtersensibler, antirassistischer und gewaltpräventiver Pädagogik von der Kita bis zur Hochschule.
- Ausbau der Bildungs Kooperationen zwischen der Bundesebene und den Ländern, damit die Schulen ihren Beitrag bundesweit leisten können. Verstärkte Betonung der politischen Bildung in den Bildungsplänen, damit Zivilcourage und politisches und soziales Engagement gelernt werden können.
- Breiter Zugang zu öffentlich geförderten Informationen und Materialien, auch in einfacher Sprache, multilingual und visualisiert.
- Aus- und Aufbau von formalen und nicht formalen Lernorten und den kostenlosen analogen und/oder digitalen Zugang zu diesen Lernorten für alle Menschen. Beauftragung der Institutionen der öffentlichen Bildung, Materialien zu erarbeiten und in Institutionen wie Volkshochschulen und öffentlichen Büchereien Angebote bereit zu stellen.
- Sicherstellung des Zugangs zu verlässlichen formalen und nicht formalen Lern- und Teilhabestrukturen und zu öffentlichen Gütern (Daseinsfürsorge) in allen Regionen Deutschlands. Dazu gehören auch der Ausbau des ÖPNV, eine ortsnahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen und Maßnahmen gegen Gentrifizierung in den Metropolen
- Maßnahmen gegen Sexismus in den Medien, z.B. durch Verbot sexistischer Werbung, geschlechtsbezogene Quotierung bei der öffentlichen Filmförderung u.a.

II. Wirtschaften für das Gute Leben

Was sind die Herausforderungen?

Die weltweite Ungleichverteilung nimmt aufgrund der neoliberal entgrenzten kapitalistischen Wirtschaft rasant zu. Der wachsende Reichtum Weniger speist sich aus der Verarmung immer größerer Teile der Weltbevölkerung – und Armut ist nach wie vor weiblich. Sie ist verbunden mit Ausbeutung, Ausgrenzung, der Verletzung von Menschenrechten und Menschenwürde und der Zerstörung unseres Planeten. Für diese Entwicklung trägt Deutschland als wichtiger Akteur in der globalisierten Welt eine bedeutende Mitverantwortung.

Was wollen wir erreichen?

Wir erwarten, dass die Bundesregierung einen grundlegenden Wertewandel in der Ökonomie auf den Weg bringt und sich dabei von einer feministischen Wirtschaftsethik leiten lässt. Ziel ist ein Gutes Leben für alle. Deutschland wendet sich ab vom kapitalistischen Modell und schafft, Schritt für Schritt, die erforderlichen politischen, strukturellen und gesetzlichen Voraussetzungen für den notwendigen Wandel. So bereiten wir alle gemeinsam den Weg für ein (geschlechter)gerechtes, ein sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltiges Wirtschaftssystem, hier und weltweit. Es ist unverzichtbarer Kern einer zukunftsfähigen Neuorientierung.

Was ist zu tun?

Aufwertung, Umverteilung und Förderung gesellschaftlich wichtiger Arbeit

Ein Großteil der Arbeit, die für Mensch und Natur überlebenswichtig ist, wird weltweit vor allem von Frauen geleistet. Dies gilt insbesondere für Care-Arbeit, Subsistenzproduktion und Teile des informellen Sektors (Schattenwirtschaft). Solche Tätigkeiten gelten nicht als „ökonomische Vorgänge“ und tauchen damit in den offiziellen Statistiken nicht auf. Sie werden schlecht oder gar nicht bezahlt und genießen in der herrschenden Wirtschaftslogik ein geringes Ansehen. Wir werden darauf dringen, dass der Wert dieser Arbeit offiziell anerkannt, wertgeschätzt und die Verantwortung dafür gerecht verteilt wird, u.a. durch folgende Maßnahmen:

- Aufnahme unbezahlter, gesellschaftlich wichtiger Tätigkeiten in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR)
- Geschlechtergerechte Umverteilung unbezahlter Arbeit durch die Einführung neuer Modelle von Care- und Erwerbsarbeit

Wirtschaftliche Stärkung und Gleichstellung von Frauen

In vielen wirtschaftlichen Bereichen sind Frauen nach wie vor benachteiligt. Trotz der in Art. 3 Grundgesetz verankerten Gleichberechtigung haben Frauen hier und weltweit weder den ihnen zustehenden Anteil an Ressourcen noch den gleichen Zugang zu Entscheidungsprozessen und Gestaltungsmöglichkeiten. Wir werden darauf hinwirken, dass die ökonomische Position von Frauen gestärkt und die Gleichstellungsverpflichtung zügig umgesetzt wird, u.a. durch die folgenden Maßnahmen:

- Umsetzung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche und für gleichwertige Arbeit (Tarifverträge im Öffentlichen Dienst, Privatwirtschaft)
- Abbau der Rentendiskriminierung
- Einführung individuelles Grundeinkommen
- Steuerreform: Einführung von Individualbesteuerung und damit Abschaffung diskriminierender Instrumente wie Ehegattensplitting
- Verankerung von Sanktionen bei Diskriminierung
- Förderung von Frauenorganisationen, Frauen in Schlüsselpositionen, Frauen als Unternehmerinnen, Stärkung ihres Zugangs zu Finanzdienstleistungen

Stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliche non-profit-Organisationen spielen auch im ökonomischen Bereich eine immer wichtigere Rolle, v.a. im Hinblick auf die Entwicklung menschen- und naturgerechter Wirtschaftsvorstellungen und die Gestaltung entsprechender Modelle und Initiativen. Wir werden darauf dringen, künftig stärker als bisher die organisierte Zivilgesellschaft auf kommunaler, nationaler und internationaler Ebene verpflichtend und verbindlich einzubeziehen auf dem Weg zu einem Wirtschaften für das Gute Leben, u.a. durch die folgenden Maßnahmen:

- Erweiterte Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Initiativen, v.a. Frauenorganisationen, an der Erstellung von Staats- und Bürgerhaushalten
- Verbindliche Einbeziehung der Zivilgesellschaft bei der Veränderung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
- Verstärkte Förderung alternativer, modellhafter Wirtschaftsansätze aus der Zivilgesellschaft

- Gesetzlich verankerte Einrichtung eines zivilgesellschaftlich besetzten ökonomischen „Sachverständigenrates“ (mindestens 50% Frauenorganisationen) als Gegenpol zum „Rat der Wirtschaftsweisen“
- Partizipative kommunale Planungs- und Kommunikationsverfahren mit Bürger*innen von Anfang an

Wirtschaftspolitik für ein Gutes Leben für alle

Eine neue Wirtschaftspolitik muss darauf ausgerichtet sein, allen Menschen gleichermaßen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Das beinhaltet eine Abkehr von Wachstumslogik und Profitorientierung. Nur so können wir national und weltweit die Ursachen von Ungleichheit, Armut und Naturzerstörung bekämpfen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die neue Wirtschaftspolitik mutig und entschieden alternative Wege beschreitet, u.a. durch folgende Maßnahmen:

- Förderung regionaler Produktions- und Vermarktungskreisläufe sowie solidarischer Gemeinschaftsformen (z.B. Genossenschaften) und alternativer ökonomischer Modelle (z.B. Tauschringe); Stärkung autochthoner Wirtschaftsformen (z.B. von Indigenen) weltweit; Prioritäre Förderung frauengeleiteter Initiativen in allen Bereichen.
- Sukzessive Umstellung auf eine nachhaltige Agrarpolitik (ohne Gentechnik, Pestizide/Insektizide, Massentierhaltung), Umsetzung des Rechts auf Nahrung, Förderung von Ernährungssouveränität, Verbot von Spekulation mit Nahrungsmitteln
- Sicherung des Zugangs zu und der Kontrolle über Ressourcen/Land, v.a. für Frauen, gesetzliche und juristische Maßnahmen gegen Landraub (z.B. durch deutsche Konzerne)
- Abkehr von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die den vorgenannten Vorhaben zuwiderlaufen, z.B. Public Private Partnerships (PPP), Exportförderung, Freihandelsabkommen (z.B. TTIP, CETA) und sogenannte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA)
- Verbindliche Umsetzung internationaler Abkommen zur Verwirklichung bürgerlicher, politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte, strafrechtliche Verfolgung von Verstößen
- Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte durch die Bundesregierung, das betroffenen Einzelpersonen den UN-Beschwerdeweg ermöglicht
- Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen, finanzielle Beteiligung Deutschlands an der Einrichtung eines Kompensationsfonds für die Folgen von Klimawandel und Kolonialismus auf UN-Ebene

Mehr Transparenz und Kontrolle des Lobbyismus

Wirtschaftsverbände und Unternehmen sind in vielfältiger Weise verflochten mit der Politik. Gemeinsam bilden sie patriarchal geprägte Machtstrukturen, die die politischen Entscheidungen und Gesetzgebungsprozesse maßgeblich bestimmen. Frauen haben aufgrund ihrer Unterrepräsentanz auf Führungsebenen nur begrenzten Einfluss innerhalb dieser Strukturen und Geflechte. Für die Öffentlichkeit bleiben diese Prozesse i.d.R. intransparent. Wir werden darauf dringen, dass der Einfluss der Wirtschaftslobby auf die Politik und die Verflechtung zwischen Wirtschaft und Politik offen gelegt wird, u.a. durch die folgenden Maßnahmen:

- Einführung einer „legislativen Fußspur“, die aufzeigt, welche Akteure die Entstehung eines Gesetzes in welcher Form beeinflusst haben (s. Vorschlag der NGO Lobby Control)
- Stärkere Kontrolle der Verwendung öffentlicher Mittel